

# Migrationsgeschichte und Integrationspolitik in Deutschland



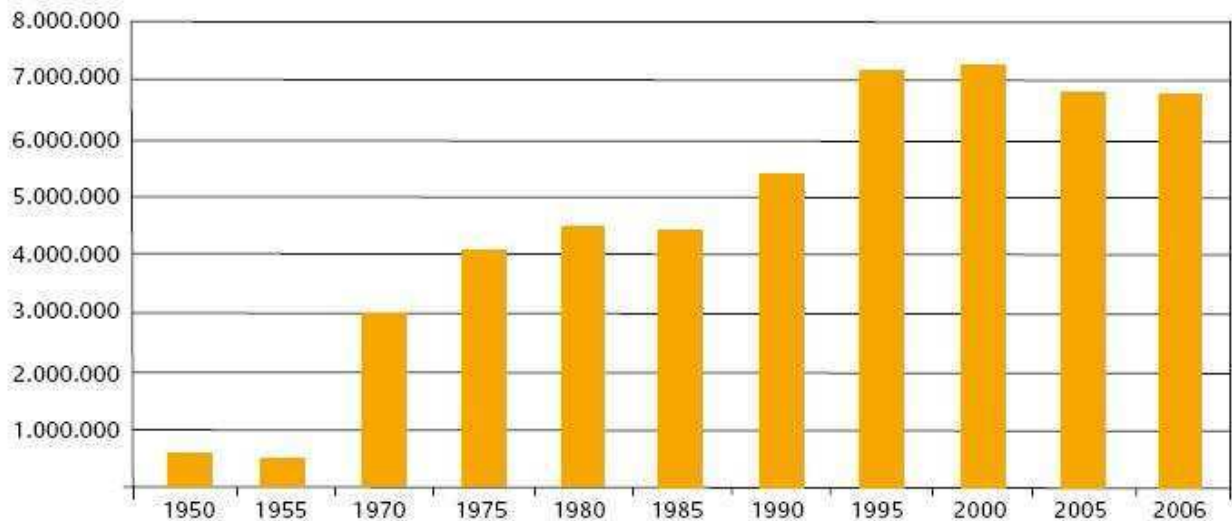
S Die Europäische Einwanderungspolitik  
KU Eichstätt-Ingolstadt WS 2008/09 – Ingolstadt, den 08.12.2008  
Dozent: Prof. Dr. Klaus Schubert  
Referenten: Romain Seignovert und Bettina Fischer

## Gliederung

1. Einleitung
2. Phasen der Zuwanderung in Deutschland
  1. 1955-1973 „Gastarbeiter“-Anwerbung für das deutsche Wirtschaftswunder
  2. 1973-1979 Anwerbestopp und Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung
  3. 1979-1980 Integrationskonzepte
  4. 1981-1990 Begrenzungs politik und Wende in der Ausländerpolitik
  5. 1991-1998 Praktische Akzeptanz der Einwanderungssituation und Fokussierung auf die Asylpolitik
  6. 1998-heute Deutschland als Einwanderungsland!?
3. Schlussbetrachtung
  1. Deutschland im internationalen Vergleich
  2. Ausblick

# 1. Einleitung

## Ausländer in Deutschland seit 1950

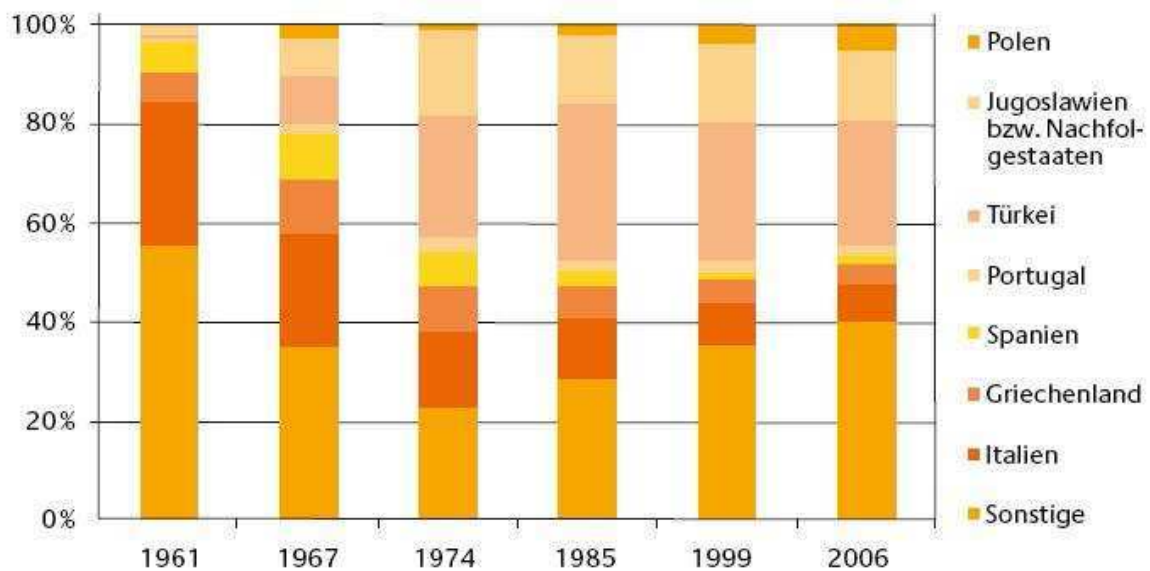


Quelle: Ausländerzentralregister

Hinweis: geringere Bestandszahlen ab 2004 aufgrund Datenbereinigung im Ausländerzentralregister

# 1. Einleitung

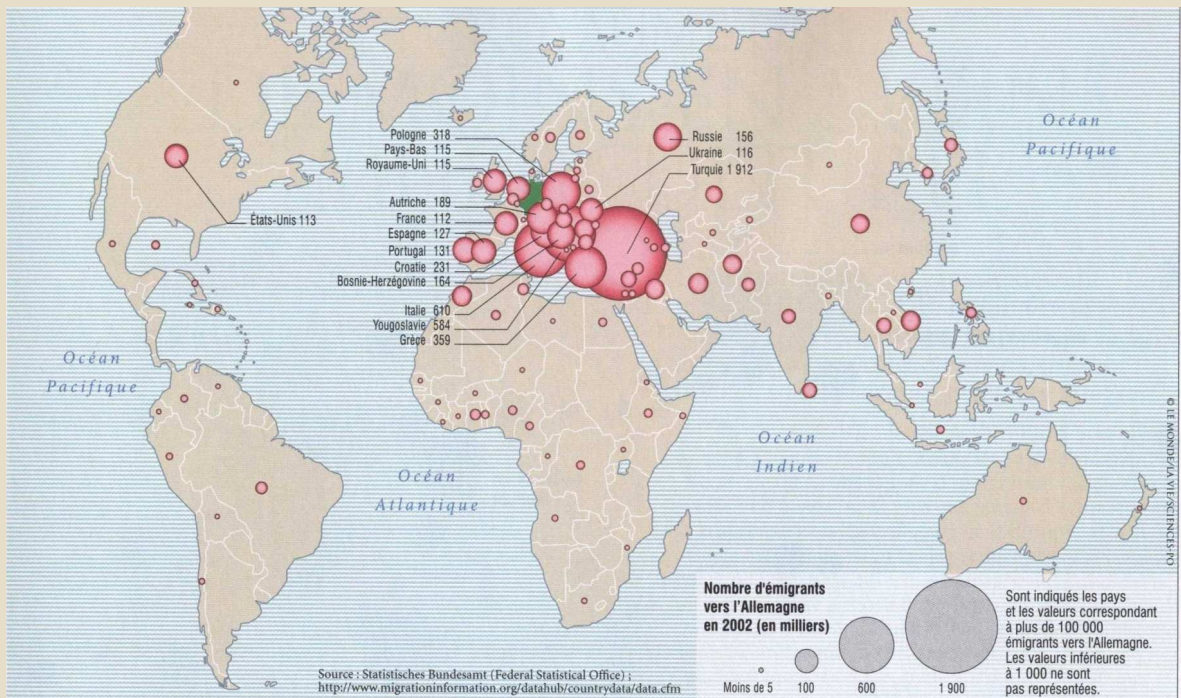
## Anteil bestimmter Staatsangehöriger an allen Ausländern



Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen

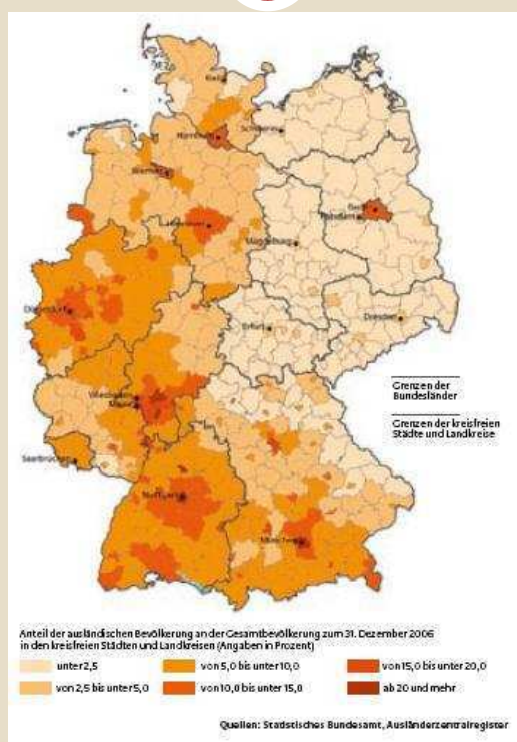
# 1. Einleitung

## Die Herkunft der Migranten in Deutschland



# 1. Einleitung

## Der Ausländeranteil in Deutschland





## 2.1. 1955-1973 „Gastarbeiter“-Anwerbung für das deutsche Wirtschaftswunder



- Das Wirtschaftswunder und der Aufschwung in den 50er und 60er Jahren führten zu einem Arbeitskräftemangel in Deutschland, der durch „Gastarbeiter“ abgedeckt wurde
- Vor allem mit den Staaten des Mittelmeerraumes wurden ab 1955 Anwerbeverträge geschlossen
- Arbeitsmigranten als vorübergehendes Phänomen zur Überbrückung des Arbeitskräftemangels
- Ausrichtung Migrationspolitik an den Bedürfnissen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt

## 2.2. 1973-1979 Anwerbestopp und Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung

- Vermehrter Zuzug von Familienangehörigen der zuvor angeworbenen Arbeiter geprägt
- Die Rezession 1973/74 führte zu heftigen Diskussionen über die volkswirtschaftlichen Kosten und Nutzen der Arbeitsmigration
- 1973 Erlassung eines Anwerbestopp, der jedoch die Tendenz zum Daueraufenthalt und Familiennachzug verstärkte

Ziele des Anwerbestopps



## 2.3. 1979-1980 Integrationskonzepte



- Memorandum Ende 1979 des ersten Ausländerbeauftragten der Bundesregierung Heinz Kühn (SPD)
  - Abwendung vom Begriff „Gastarbeiter“
  - Forderung realer Gleichberechtigung der zweiten Generation in den Bereichen Bildung und Ausbildung und Arbeit und Wohnen
  - Ansatzpunkte zur Integration
- Integrationsdebatte 1980
  - Staatliche Verantwortung für die Integration
  - Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit der Zugewanderten
- Die damaligen Beschlüsse der SPD/FDP-Koalitionsregierung blieben weit hinter den Vorschlägen Kühns zurück

## 2.4. 1981-1990 Begrenzungs politik und Wende in der Ausländer politik

- Umschwenken von der Integrationspolitik zu einer Politik der Begrenzung des Ausländerzuwachses feststellen → Angst vor sozialen und politischen Spannungen
- In der Debatte wurden die Themen „Arbeitsmigration“ und „Asylproblematik“ zunehmend vermengt, das „Ausländerthema“ wurde politisiert und ideologisiert
- Erst 1990 Reform des Ausländergesetzes nach einem Entwurf von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble
  - Bestimmungen über Aufenthaltsverfestigung, Familiennachzug, Rechtsansprüche der Zweiten Generation und Einbürgerung
  - Ausdehnung des Schutzes von Ehepartnern und Kindern politisch Verfolgter
  - Verschärfung der Ausweisungsbefugnisse und Erweiterung des Ermessungsspielraums der Ausländerbehörden
  - Politische Beteiligung für Ausländer war nach wie vor nicht möglich
  - Ein stark ordnungspolitisch ausgerichtetes Gesetz, welches der gesellschaftlichen Realität nicht gerecht wurde

## 2.5. 1991-1998 Praktische Akzeptanz der Einwanderungssituation und Fokussierung auf die Asylpolitik

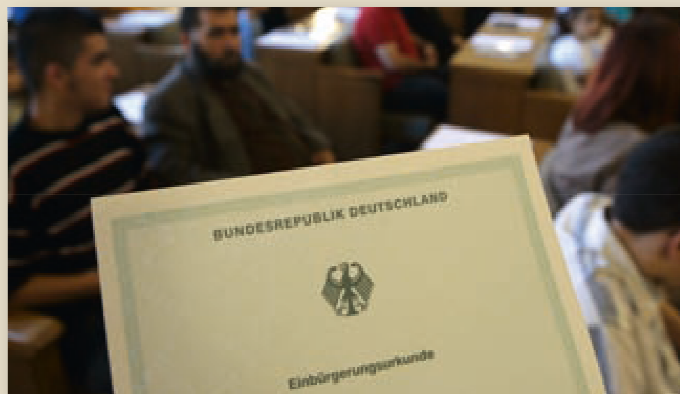


- Nach 1990 starker Anstieg der Zuzugszahlen von Aussiedlern
- Diskrepanz zwischen der langen Aufenthaltsdauer der Migranten und des weiterhin ungesicherten Aufenthaltsstatus heraus
- Verschärfend wirkte das weiterhin geltende Ius-sanguinis-Prinzips
- Asylkompromiss und wieder erstarkter Rechtsextremismus
  - Diskussion über den angeblich „massenhaften Missbrauch“ des Grundrechts auf Asyl
  - Zuwanderung als bislang ungelöstes Problem der Politik
  - Rechtsextreme Gewalttaten gegenüber Migranten
  - Der 1992 beschlossene und 1993 rechtskräftige Asylkompromiss schränkte das Grundrecht auf politisches Asyl durch die Drittstaatenregelung und das Flughafenverfahren stark ein
  - Außerdem traten 1993 das neue AsylverfahrensG und das AsylbewerberleistungsgG in Kraft
- „Deutschland als Einwanderungsland“ vs. „Deutschland ist kein Einwanderungsland“
- Es gelang der Politik bis 1998 nicht, die Ausländer- zu einer Einwanderungspolitik fortzuentwickeln

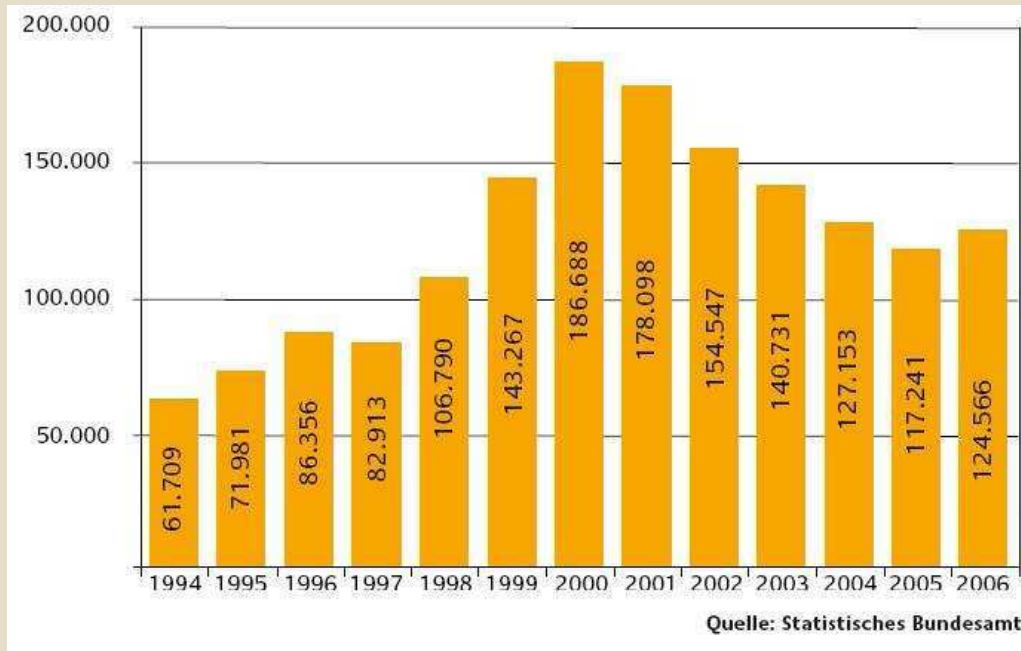
## 2. 6. 1998-heute Deutschland als Einwanderungsland!? Einbürgerungen von Ausländern in Deutschland



- Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrecht 2000
  - Wichtiger Schritt zur Anerkennung der seit langem bestehenden Einwanderungssituation
  - Verbesserung der Integration
  - Staatsangehörigkeitserwerb durch Geburt im Inland (ius soli) und eine erhebliche Verkürzung der Einbürgerungsfristen



## 2. 6. 1998-heute Deutschland als Einwanderungsland!? Einbürgerungen von Ausländern in Deutschland



Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 2000

## 2. 6. 1998-heute Deutschland als Einwanderungsland!? Einbürgerungen von Ausländern in Deutschland

- Green-Card und Zuwanderungskommission
  - 2000 Anregung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, höchst qualifizierte ausländische Computerspezialisten eine vorübergehende Arbeitserlaubnis für Deutschland zu erteilen
  - Aus der Initiative wurde die „Green-Card“ die es hoch qualifizierten Fachkräften aus Staaten außerhalb der EU einem erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland ermöglicht
  - Zudem Einberufung der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ (Süßmuth-Kommission), die 2001 ihre umfassenden Empfehlungen für eine zukünftige Zuwanderungs- und Integrationspolitik vorlegte → Grundsatz „Fördern und fordern“ – umfassende Integrationshilfe



- Paradigmenwechsel in der öffentlichen Diskussion
  - Dramatischer Arbeitskräftemangel, nicht nur bei Hochqualifizierten
  - Alterung und erwarteter Bevölkerungsrückgang → Verheerende Folgen für Kleinstädte und ländliche Gebiete vor allem in Ostdeutschland durch den Geburtenrückgang und die Abwanderung

## 2. 6. 1998-heute Deutschland als Einwanderungsland!? Einbürgerungen von Ausländern in Deutschland



### Zusammenfassung des Grundkonsenses durch die Süßmuth-Kommission:

1. Die Einreise und der Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet hat künftig im Rahmen eines migrationspolitischen Gesamtkonzepts (Zuwanderungsgesetz) zu erfolgen, das sich stärker an den Interessen der Bundesrepublik Deutschland orientiert.
2. Das Gesamtkonzept schließt Rechte auf Daueraufenthalt (Einwanderung) und Integration mit ein.
3. Der befristete Aufenthalt und der Daueraufenthalt qualifizierter Ausländer liegen im Interesse der Bundesrepublik Deutschland und sind unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen und der Arbeitsmarktbedürfnisse mittels eines möglichst flexiblen Instrumentariums zu ermöglichen.
4. Die Einreise und der Aufenthalt von Ausländern, der nicht im öffentlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt, ist in stärkerem Maße als bisher einer Steuerung und Begrenzung zu unterwerfen. Ausländer, die über kein Aufenthaltsrecht in Deutschland verfügen, sind in ihre Heimatstaaten zurückzuführen.
5. Ausländern, die sich für einen Daueraufenthalt im Bundesgebiet entscheiden, müssen verstärkte Integrationsbemühungen (Deutschkenntnisse usw.) abverlangt werden. Umgekehrt sind verstärkte Integrationsangebote von Bund, Ländern und Gemeinden erforderlich.
6. Die Bundesrepublik gewährt weiterhin politisch Verfolgten und aus anderen Gründen schutzbedürftigen Personen Zuflucht.

## 2. 6. 1998-heute Deutschland als Einwanderungsland!? Einbürgerungen von Ausländern in Deutschland



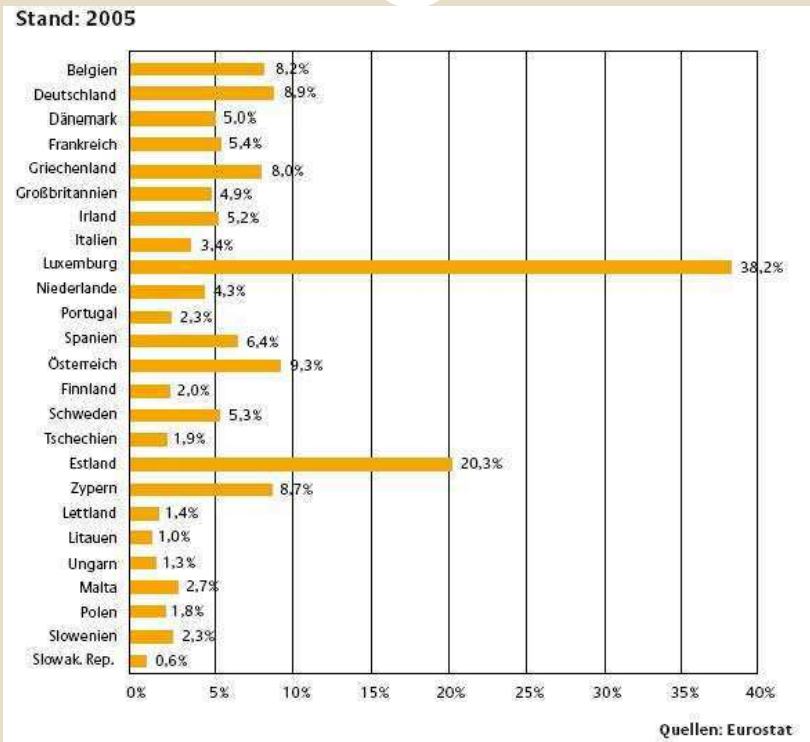
- Zuwanderungsgesetz 2005
  - „Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz)
- Das Gesetz regelt 3 wichtige Kernbereiche
  - Zuwanderung von ausländischen Arbeitnehmern
  - Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern
  - Integration von Neuzuwandern



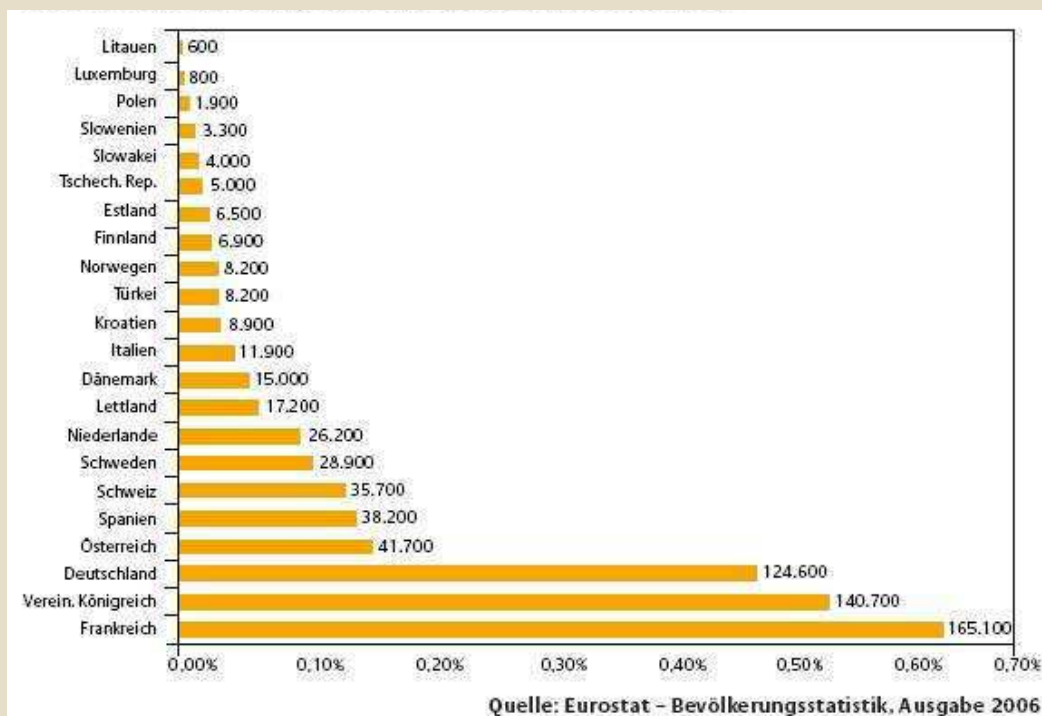
- **Kernelement:** Alle Neuzuwanderer, die sich rechtmäßig und langfristig in Deutschland aufhalten, erhalten ein einheitliches, bundesgesetzlich geregeltes Grundangebot zur Integrationsförderung



### 3. 1. Internationaler Vergleich: Ausländeranteil in der EU



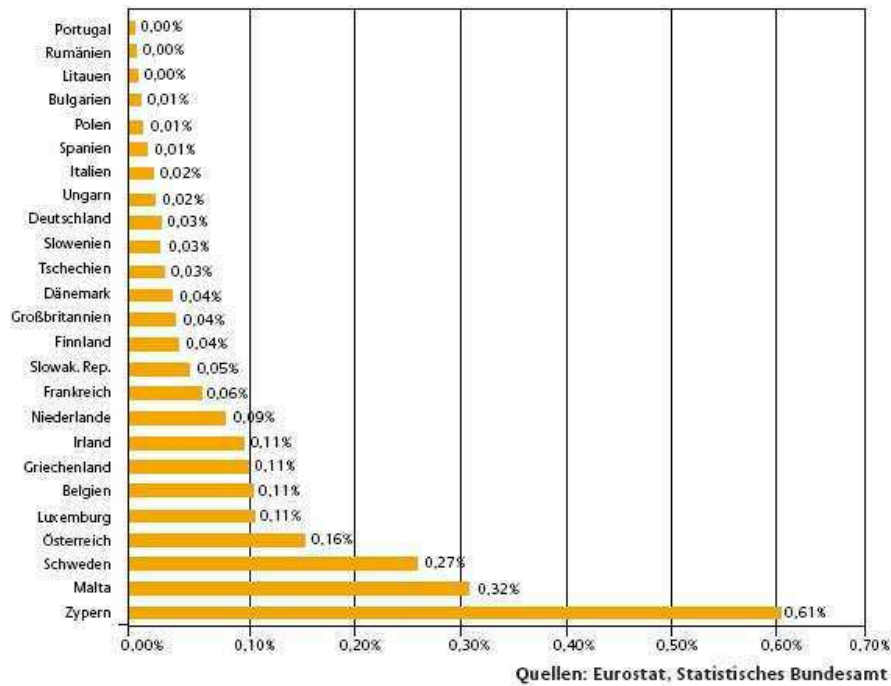
### 3.1. Internationaler Vergleich: Einbürgerungen von Ausländern im Jahr 2004



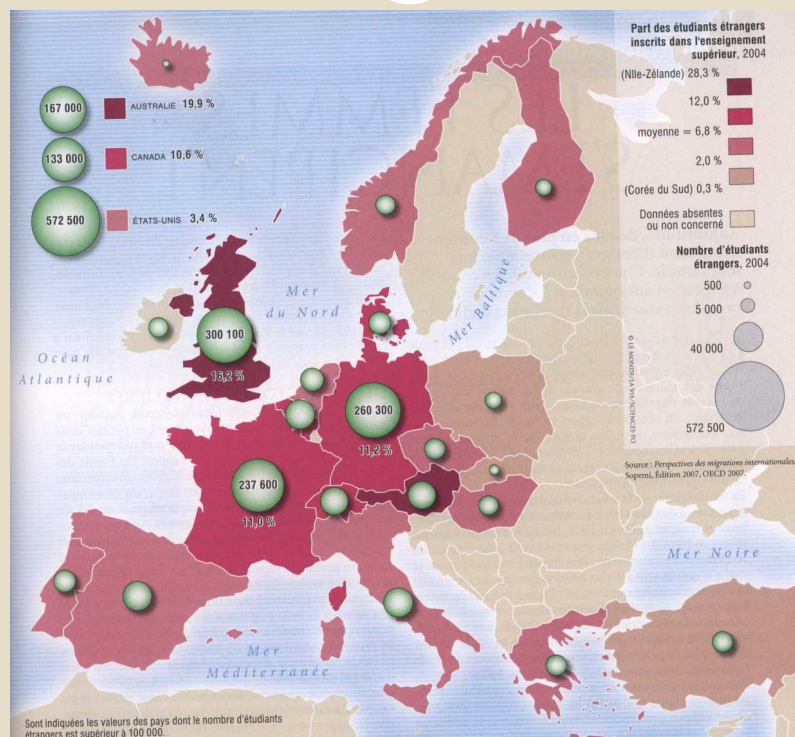
### 3.1. Internationaler Vergleich: Asylbewerber 2006 in den Staaten der EU



Abb. 9: Asylbewerber 2006 in den Staaten der EU



### 3.1. Internationaler Vergleich: Die Migration der Studenten



### 3. Schlussbetrachtung Ausblick



- Sprach- und Orientierungskurse für Neueinwanderer sowie eine stärkere Ausrichtung der Zuwanderung auf qualifizierte Arbeitskräfte
- Die Arbeitslosigkeit von Ausländern in Deutschland liegt bei über 25 Prozent
  - Anstieg der Armut und Verlust der Funktion des Arbeitsplatzes als Ort sozialer Kommunikation und Integration

### Quellenverzeichnis



- **Bundesministerium des Inneren** (2008, Hrsg.): Migration und Integration Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland, Berlin.
- **Santel**, Bernhard (2006): In der Realität angekommen: die Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland. In: Politische Bildung. Integration und Einwanderung, H. 3, S. 9-25.
- **Ucar**, Hüseyin (2004): Aktuelle Entwicklungstendenzen der Ausländerpolitik in der BRD. Wohin steuert die Migrationspolitik? Bochum.
- **BpB** (2008, Hrsg.): Chronik "Migrationsgeschichte und Integrationspolitik in Deutschland". URL: [http://www.bpb.de/methodik/PGLVIR,0,0,Chronik\\_Migrationsgeschichte\\_und\\_Integrationspolitik\\_in\\_Deutschland.html](http://www.bpb.de/methodik/PGLVIR,0,0,Chronik_Migrationsgeschichte_und_Integrationspolitik_in_Deutschland.html) vom 05.12.2008.
- **Friedrich-Ebert-Stiftung** (2007, Hrsg.): Fakten und Daten zur Einwanderung in Deutschland. URL: [http://www.fes-forumberlin.de/BerlinPolitik/pdf/7\\_2\\_13\\_einwanderg.pdf](http://www.fes-forumberlin.de/BerlinPolitik/pdf/7_2_13_einwanderg.pdf) vom 05.12.2008.
- **Reißlandt**, Carolin (2005): Von der "Gastarbeiter"-Anwerbung zum Zuwanderungsgesetz. URL: [http://www.bpb.de/themen/6XDUPY,0,Von\\_der\\_GastarbeiterAnwerbung\\_zum\\_Zuwanderungsgesetz.html](http://www.bpb.de/themen/6XDUPY,0,Von_der_GastarbeiterAnwerbung_zum_Zuwanderungsgesetz.html) vom 05.12.2008.
- **Riedel**, Katja (2007): Vom Aus- zum Einwanderungsland. URL: [http://www.focus.de/wissen/bildung/Geschichte/migration/tid-7159/deutschland\\_aid\\_70422.html](http://www.focus.de/wissen/bildung/Geschichte/migration/tid-7159/deutschland_aid_70422.html) vom 05.12.2008.